

Hans J. Gießmann (Hrsg.)

Master of Peace and Security Studies 2002/2003

Mit dem Festvortrag „Friedenspolitik und Streitkräfte“
des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Peter Struck,
anlässlich der Verleihung der Masterdiplome

Heft 133

Hamburg, Dezember 2003

Inhalt

<i>Vorwort</i>	5
<i>Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung „Friedenspolitik und Streitkräfte“</i>	7
<i>Grußworte</i>	
<i>Prof. Dr. Hans J. Gießmann, Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses M.P.S.</i>	19
<i>Prof. Dr. Holger Fischer, Vizepräsident der Universität Hamburg</i>	23
<i>Dr. Roland Salchow, Staatsrat der Behörde für Wissenschaft und Forschung</i>	25
<i>Prof. Dr. Volker Rittberger, Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung</i>	29
<i>Christiane Fröhlich/Florian Kühn Danksagung</i>	33
<i>Hans J. Gießmann M.P.S. – Das Studienjahr 2002/2003</i>	37
<i>Masterarbeiten 2002/2003</i>	47

Vorwort

Am 15. Oktober 2003 erhielten die 22 Absolventinnen und Absolventen des 1. Akademischen Jahres des Postgraduiertenstudienganges „Master of Peace and Security Studies“ der Universität Hamburg im Beisein des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Peter Struck (SPD), und des Staatsrates der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Roland Salchow (CDU), ihre Diplome und Zeugnisse. Mit der feierlichen Verabschiedung der neu gekürten Master ging das wichtige Einführungsjahr des neuen Studienganges erfolgreich zu Ende. Gleichzeitig wurde der Stafettenstab an den nächsten Studierendenjahrgang übergeben: 26 Studierende aus 13 Ländern nahmen im Oktober 2003 ihr M.P.S.-Studium an der Universität Hamburg auf.

Der Studiengang wurde, einer Idee des im Januar 2003 verstorbenen Direktors des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) folgend, im Frühjahr 2002 konzipiert und bereits im September 2002 nach einem gemeinsamen Kraftakt des IFSH und der Universität Hamburg und nicht zuletzt maßgeblich unterstützt durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) aus der Taufe gehoben. Mit den Fördermitteln der DSF konnte 15 Studierenden ein Stipendium zuerkannt werden. Für weitere drei Studierende aus Südosteuropa warb das IFSH Stipendien des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) ein. Ein Jahr später fällt die Bilanz weitestgehend positiv aus, wie auch die Festbeiträge der nachfolgend dokumentierten Reden des Staatsrates der Wissenschaftsbehörde, des Vizepräsidenten der Universität Hamburg, des Vorsitzenden der Deutschen Stiftung Friedensforschung und nicht zuletzt der Absolventinnen und Absolventen des ersten Akademischen Jahres M.P.S. bezeugen. Mit der Annahme der Einladung durch den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, den Festvortrag zum Thema „Friedenspolitik und Streitkräfte“ zu halten, erfuhr der Abschluss des Einführungsstudienjahres eine herausragende zusätzliche Würdigung. Der Text des Vortrages ist gleichfalls im Folgenden nachzulesen. Dokumentiert werden schließlich die Themen der im ersten Akademischen Jahr angefertigten Masterarbeiten.

„Friedenspolitik und Streitkräfte“¹

Ich bin gerne der Einladung gefolgt, heute, an diesem besonderen Tag für die ersten 22 Absolventen des neuen Postgraduiertenstudienganges „Master of Peace and Security Studies“, einen Vortrag über „Friedenspolitik und Streitkräfte“ zu halten.

Die politische Aufgabe, den Frieden zu sichern, ist, da erzähle ich Ihnen nichts Neues, in der Welt der Globalisierung nicht einfacher geworden. Der 11. September 2001 und seine Folgen haben diesen Sachverhalt nur bestätigt. Neues Denken und neues Handeln sind daher erforderlich, um

- ein sicheres und freies Deutschland,
- ein sicheres und freies Europa und
- ein stabiles internationales Umfeld zu gewährleisten.

Der Weg, den das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) zusammen mit der Universität Hamburg, der Deutschen Stiftung Friedensforschung, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und vielen anderen wissenschaftlichen Institutionen in Deutschland mit dem neuen Studiengang eingeschlagen hat, ist daher nur zu begrüßen.

Wir haben in Deutschland noch lange nicht die Breite und Tiefe des sicherheitspolitischen Sachverstandes im wissenschaftlich-akademischen Bereich, wie es angesichts der zu lösenden Aufgaben wünschenswert wäre. Außen- und Sicherheitspolitik kann schon lange nicht mehr in kleinen Regierungszirkeln festgelegt werden.

Es bedarf des umfassenden Austauschs und der Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen und politikberatenden Bereich, um national wie international die richtigen Ansätze und Lösungen zu finden.

Ich sehe vor diesem Hintergrund den neuen Postgraduiertenstudiengang des ISFH als einen Schritt, um den Wissensstandort Deutschland auch im si-

1 Festvortrag des Bundesministers der Verteidigung, anlässlich der Übergabe der Diplome an den ersten Masterstudiengang am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

cherheitspolitischen Bereich weiter nach vorne zu bringen. Ich bin sicher, dass sich der hier konzipierte interdisziplinäre und praxisorientierte Weg bewähren wird.

Bei der Frage, welche Rolle Streitkräfte für unsere Politik der Friedenssicherung spielen, geht es um mehr als nur darum: In welchen internationalen Einsätzen schicken wir die Bundeswehr? Tatsächlich geht es auch um Grundfragen unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Um nur einige zu nennen:

- Wie beurteilen wir die Sicherheitslage und die sich daraus ergebenden Anforderungen an die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge?
- Wie sehen wir Deutschlands Rolle in internationalen Zusammenhängen?
- Was gebieten unsere Interessen, was unsere Verantwortung für Aufgaben und Rolle unserer Streitkräfte?
- Wie müssen demnach die Streitkräfte der Zukunft aussehen, damit sie ihren Beitrag zu einer erfolgreichen Friedenspolitik leisten können?

Ich will versuchen, darauf einige Antworten zu geben.

Das internationale Umfeld Deutschlands ist durch gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet. Die epochalen Änderungen am Ende des vorigen Jahrhunderts haben für Deutschland zu einem erheblichen Zugewinn an Sicherheit geführt. Wir liegen nun innerhalb eines einzigartigen Stabilitätsraums – geprägt durch die größere NATO und eine größere EU.

Die Konturen einer gesamteuropäischen Friedensordnung sind klarer als jemals zuvor. Die außenpolitische Neuorientierung Russlands hat das Verhältnis zum größten europäischen Nachbarn grundlegend verändert. Hier ist ein vertrauensvolles Verhältnis entstanden, das neue Chancen für gemeinsames Handeln in Europa und im globalen Rahmen eröffnet hat.

Die zentrale Folgerung der neuen Sicherheitslage für unser Land ist: Eine Gefährdung deutschen Staatsgebietes durch konventionelle Streitkräfte ist derzeit und auf absehbare Zeit nicht mehr zu erkennen. Dies ist, wenn Sie so wollen, die militärische Folge der politischen Überwindung der Teilung Europas.

Die neue Situation hat natürlich Auswirkungen auf Strukturen und Fähigkeiten der Bundeswehr. Wir brauchen keine rasche Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte mehr. Die Gefahr heranrollender Panzerarmeen ist vorbei. Für

die herkömmliche konventionelle Landesverteidigung müssen nicht mehr ständig Fähigkeiten und Kräfte bereitgehalten werden.

Diesen erfreulichen Entwicklungen steht eine unübersichtlichere, komplexe Gefährdungssituation gegenüber. Das Jahrhundert des Globalismus ist, wie Karl Kaiser es ausgedrückt hat, durch „Interdependenz als Grundmuster“ und „Anarchie als Herausforderung“ charakterisiert.

Die neue Welt nach Überwindung des Kalten Krieges bringt neue Risiken und Bedrohungen mit sich. Konkret lassen sie sich im Kern durch die Stichworte internationaler Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und weitreichender Trägermittel sowie regionale Krisen und Konflikte charakterisieren. Besonders bedrohlich ist die potenzielle Verknüpfung von Terroristen und Massenvernichtungswaffen. Häufig sind es nicht mehr starke Staaten, sondern schwache Staaten und nicht-staatliche Akteure, von denen Instabilität und Gefährdungen ausgehen.

Immer mehr müssen wir uns mit den so genannten asymmetrischen Bedrohungen auseinander setzen. Neue Risikofaktoren können die Sicherheit Deutschlands und die Stabilität Europas unmittelbar, auch über große Entfernungen, beeinträchtigen. Deshalb müssen wir Gefährdungen da entgegenreten, wo sie entstehen. Dies verlangt eine umfassende, vorausschauende und gemeinsame Sicherheitsvorsorge. Sie zielt darauf ab,

- militärische Bedrohungspotenziale und ihre politischen, sozialen und gesellschaftlichen *Ursachen* zu beseitigen und
- nachhaltige Stabilität aufzubauen.

Nur ein mehrdimensionaler Ansatz kann dies leisten. Dies ist der Kern eines umfassenden Sicherheitsverständnisses. Allein militärische Mittel reichen nicht aus. Auf sie kann aber auch nicht verzichtet werden.

Jede langfristige Strategie zur Stabilisierung von Krisenregionen und zur Schwächung der terroristischen Rekrutierungsbasis in der Welt muss zuallererst darauf abzielen, die zu Grunde liegenden politischen Konflikte zu lösen. Ob der Nahe und Mittlere Osten, der Kaspische Raum, Süd- und Ostasien oder das immer wieder von Krisen geschüttelte Afrika – regionale Stabilisierung vor Ort und politische Lösungen sind wichtig, um Kriege und Gewalt zu verhindern.

Politische und gesellschaftliche Demokratisierung, soziale Reformen und wirtschaftlicher Wohlstand, von dem möglichst viele in der Gesellschaft profitieren sollten, sind letztlich die entscheidenden Faktoren, um Instabilität und Gewalt den Nährboden zu entziehen. Dieser mehrdimensionale Ansatz spiegelt sich im Übrigen auch in der konkreten Krisenbewältigung auf dem Balkan oder in Afghanistan wider:

- Wir bemühen uns in beiden Regionen um ein politisches Gesamtkonzept,
- wir unterstützen den schwierigen Weg zur Demokratie,
- wir stellen große Teile der internationalen Sicherheitspräsenz,
- wir stellen gut ausgebildete Polizeikräfte zur Verfügung, die den Auftrag haben, die örtliche Polizei aufzubauen,
- wir helfen mit beim Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung,
- und natürlich versuchen wir auch, Perspektiven für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu entwickeln.

Nicht nur das internationale Umfeld Deutschlands und die Sicherheitslage, auch die deutsche Rolle in der internationalen Gemeinschaft haben sich gravierend verändert. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in seiner Bundestagsrede zur aktuellen Lage nach Beginn der Operation in Afghanistan am 11. Oktober 2001 davon gesprochen, dass sich Deutschland „*in einer neuen Weise der internationalen Verantwortung zu stellen*“ habe.

Dies betrifft – und genau so war es gemeint – ganz wesentlich unsere Beteiligung an militärischen Operationen zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten und zur Sicherung des Friedens.

Ich denke, man sollte sich an dieser Stelle einige Grundparameter deutscher Außen- und Sicherheitspolitik vergegenwärtigen. Es geht hier nicht darum, dass sich das größere Deutschland nach der Wiedererlangung seiner vollen Souveränität in falsches Großmachtgehabe versteigt oder seine Geschichte und seine Erfahrungen leichtfertig vergisst. Ich bin davon überzeugt, dass wir Deutsche mittlerweile gegen solche Versuchungen gefeit sind. Schwer zu bestreiten scheinen mir allerdings drei Eckpunkte, was Deutschlands Rolle betrifft:

- *Erstens*: Wir wollen unsere außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten auch und gerade in der Friedenspolitik wahren. Weder die europäische Integration noch der transatlantische Verbund entheben uns dieser Aufgabe. Selbstverständlich definiert Deutschland,

so wie es auch unsere Verbündeten und Partner machen, seine nationalen Interessen und bringt sie in den internationalen Foren zur Geltung. Dies heißt

- *Zweitens:* Wir sind und bleiben Verfechter des multilateralen Ansatzes in der internationalen Politik. Der multilaterale Imperativ gilt für das vereinigte Deutschland unverändert fort.
Wir sind damit in der Vergangenheit gut gefahren und ein effektiver Multilateralismus entspricht auch in der Zukunft den sicherheitspolitischen Notwendigkeiten. Dies hat Bundeskanzler Schröder in seiner Rede bei den VN am 24. September 2003 unterstrichen. Und schließlich:
- *Drittens:* Wir setzen als Folge hiervon grundsätzlich auf gemeinsames Handeln und solidarisches Verhalten in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Ausgehend von diesen Eckpunkten lässt sich feststellen, dass leistungsfähige Streitkräfte es uns ermöglichen,

- *zum einen* die deutschen Sicherheitsinteressen und unseren Einfluss im multilateralen Zusammenhang zu wahren,
- *zum anderen* gemeinsames Handeln zusammen mit Verbündeten und Partnern zu organisieren.

Die Realität spiegelt den Wandel der internationalen Rolle Deutschlands wider. Anzahl, Intensität, Umfang und Dauer der Einsätze der Bundeswehr haben stetig zugenommen. Dies entspricht unseren Interessen, unserer Verantwortung als großer und leistungsfähiger europäischer Staat und unseren internationalen Verpflichtungen.

Erinnern wir uns: Bis 1990 hatte die alte Bundesrepublik nur an humanitären Hilfsaktionen in aller Welt teilgenommen. Nach 1990 erfolgte eine Ausweitung des deutschen Engagements und der militärischen Einsätze innerhalb und außerhalb Europas. Als Stichworte mögen genügen: 1991 Minenräumen im ersten Golf-Krieg; 1992/93 ein Feldhospital in Kambodscha; Anfang der 90er Jahre: die Hubschrauber-Unterstützung von VN-Abrüstungsinspektoren im Irak; die Teilnahme am Embargo zu Wasser und zu Luft im Balkan-Konflikt; die logistische Unterstützung der VN in Somalia 1992/94.

Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil 1994, das „Out-of-Area“-Missionen mit Zustimmung des Parlaments ermöglichte, folgte die Beteiligung an den verschiedenen Balkan-Operationen IFOR (Ende 1995 3.600 Soldaten nach Kroatien!), SFOR, KFOR etc., an INTERFET in Osttimor 1999 sowie nach 2001 insbesondere an ISAF und an der Operation Enduring Freedom.

Gegenwärtig sind rund 8.000 Soldatinnen und Soldaten in sieben Einsätzen in drei Erdteilen im Einsatz, seit 1998 mehr als 100.000. Die Bundeswehr übernimmt zunehmend auch Führungsaufgaben innerhalb multinationaler Einsätze – wie im Kosovo oder in Kabul. Das Einsatzspektrum der Bundeswehr umfasst mittlerweile alle internationalen Einsätze von der

- vorbeugenden Dislozierung wie in Mazedonien über
- Kampfeinsätze wie im Kosovo-Krieg bis zur vielfältigen
- Unterstützung Verbündeter wie in Afghanistan oder im Rahmen von Enduring Freedom.

Die Bundeswehr trägt durch diese Einsätze dazu bei, gewaltsame Konflikte zu verhindern oder zu beenden, Krisen zu bewältigen und Friedensprozesse zu konsolidieren. Sie bekämpft im multinationalen Verbund Quellen der Instabilität und der Bedrohung für uns dort, wo sie erkennbar sind.

Der Soldat der Bundeswehr heute ist professioneller Kämpfer, politisch sensibler Friedensstifter und -bewahrer, engagierter Helfer in Notlagen oder Schutzmann für den Frieden – weit über Deutschland, Europa und das Bündnisgebiet hinaus. Ihn auf die Verteidigung der deutschen Landesgrenzen begrenzen zu wollen, wäre genau so falsch und realitätsfremd wie ihn auf eine subsidiäre Rolle als Sicherheiteskorte für zivile Hilfsorganisationen festzulegen.

Tatsache ist: Zur Zeit des Kalten Krieges lautete das Motto für den Soldaten: „Kämpfen können und wollen, um nicht kämpfen zu müssen.“

Heute sind die vielfältigen Einsätze Realität und bestimmen in weiten Teilen den Alltag der Bundeswehr. Deshalb lautet *heute* das Motto für den Soldaten der Bundeswehr: „Wir gehen in den Einsatz, um Gefährdungen auf Distanz zu halten und den Frieden sicherer zu machen!“

Ich habe gesagt, dass unsere Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt wird. Ich denke, die meisten haben verstanden, dass es mir nicht darum geht, die Bundeswehr nun leichtfertig in jeden internationalen Einsatz zu

schicken. Dies wäre zweifellos eine falsche Interpretation des erweiterten Verständnisses von Verteidigung.

Warum wohin? – Dies ist die Schlüsselfrage, wie sie sich immer neu stellt. Und die Bundesregierung bzw. der Bundestag müssen jedes Mal erneut souverän entscheiden, wenn die Vereinten Nationen, die NATO oder die EU uns darum bitten. „Nicht überall und jederzeit“ – dieses Prinzip wird ganz ohne Zweifel auch künftig unser internationales Engagement prägen. Denn unsere Verantwortung wird weiterhin im Kern durch unsere Möglichkeiten bestimmt.

Unsere militärische Beteiligung an den Friedenseinsätzen in Südosteuropa oder in Afghanistan oder am Kampf gegen den internationalen Terrorismus sichert den Frieden, sichert aber auch unseren Einfluss auf die Friedensgestaltung. Gleichzeitig ist wichtig zu erkennen, dass der Beitrag der Bundeswehr zur Gestaltung deutscher Friedenspolitik im internationalen Rahmen weit über die Beteiligung an aktuellen internationalen Einsätzen hinausgeht.

Unsere politischen und militärischen Beiträge zu den für unsere Sicherheit zentralen Institutionen VN, NATO und EU stärken deren Handlungsfähigkeit und machen den Frieden sicherer.

Bundeskanzler Schröder hat vor den VN betont, dass eine intensive internationale Zusammenarbeit unter dem Dach der Vereinten Nationen unabdingbar ist, um einer universalen Ordnung des Rechts und der Menschenwürde, um mehr Sicherheit und Frieden näher zu kommen.

Eine Reform der VN ist dabei überfällig. Der Sicherheitsrat muss repräsentativer und handlungsfähiger für die Krisenbewältigung und die Friedenssicherung werden. Deutschland hat deshalb schon vor zwei Jahren im Rahmen des „Standby Arrangements System“ hochwertige militärische Fähigkeiten der Bundeswehr angeboten. Dies ist ein konkreter militärischer Beitrag, der die deutschen Unterstützungsleistungen im Bereich ziviler Kapazitäten und der Ausbildung von zivilem Friedenspersonal ergänzt.

Natürlich liegt der Hauptbeitrag der deutschen Streitkräfte zur Friedenspolitik innerhalb von NATO und Europäischer Union. Die Stärkung der sicherheitspolitischen Fähigkeiten sowohl von NATO als auch von Europäischer Union werden unter den Vorzeichen veränderter Anforderungen zielgerichtet vorangetrieben.

Die Europäer mussten spätestens nach den Erfahrungen des Kosovo-Krieges erkennen, dass Konflikte in Europa weiterhin möglich bleiben, und dass es in der globalisierten Welt auch keine Oasen des Friedens und der Sicherheit gibt. Daher entspricht eine größere sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU und der Europäer in der NATO der neuen Sicherheitslage und der Logik der europäischen Integration.

Eine Reduzierung der EU auf den Status einer „Zivilmacht“ würde ganz und gar nicht im Interesse einer wirksamen Friedenspolitik liegen. Deutschland hat daher bei der Entwicklung einer eigenständigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU in den vergangenen Jahren eine Vorreiterrolle gespielt, um

- politisch-militärische Entscheidungsstrukturen zur Durchführung von Krisenmanagement-Aufgaben zu schaffen,
- schnell verfügbare Einsatzkräfte aufzustellen,
- militärische Kernfähigkeiten zu entwickeln und
- die Fähigkeiten der EU zum zivilen Krisenmanagement zu verbessern.

Drei ESVP-Operationen seit Anfang 2003 unterstreichen die Handlungsbereitschaft und -fähigkeit der Europäer. Im Kongo hat die erste EU-geführte militärische Operation außerhalb Europas dafür gesorgt, dass der Prozess der Befriedung der Region durch die VN überhaupt noch fortgesetzt werden konnte.

Mit der Vorlage des Entwurfs einer EU-Sicherheitsstrategie auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki wurde ein weiterer Meilenstein gelegt für einen EU-Beitrag zur globalen Friedenssicherung. Der Abschluss von Dauervereinbarungen über eine Zusammenarbeit zwischen NATO und EU ist zudem Grundlage für eine wirkliche strategische Partnerschaft zwischen beiden Organisationen.

Die NATO bleibt ihrerseits zentral für die Sicherung des Friedens. Deutschland ist mit seinen Streitkräften mehr als jeder andere Bündnispartner in die NATO integriert. Ihm fällt dadurch im Bündnis eine herausragende Rolle und Verantwortung zu. Es wird daher seinen Beitrag leisten zur neuen NATO Response Force, die schnell verlegbar innerhalb und außerhalb des NATO-Gebietes im gesamten Einsatzspektrum eingesetzt werden kann.

Die globalere Ausrichtung der NATO ist richtig. Sie eröffnet uns neue Möglichkeiten, wie jetzt in Afghanistan, Sicherheit und Stabilität in Krisen-

regionen zu erhöhen und den Frieden zu sichern. Man sollte an dieser Stelle nicht vergessen, dass die multinationale Einbettung der Bundeswehr in die NATO gerade in den Nachkriegsjahrzehnten eine ganz erhebliche außenpolitische Relevanz hatte.

Sie hat mit dazu beigetragen, das Vertrauen unserer Verbündeten und Nachbarn in das politisch, wirtschaftlich und militärisch stärker werdende Deutschland zu festigen und damit die Voraussetzungen für eine eigenständigere deutsche Außen- und Entspannungspolitik zu verbessern.

Der Beitrag von Streitkräften zur Friedenspolitik erschöpft sich allerdings nicht mit den militärischen Beiträgen zu NATO und EU. Der Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen der Bundeswehr zu anderen Streitkräften außerhalb der NATO war beispielsweise ganz wichtig zur Gestaltung einer kooperativen Sicherheitspolitik und für die Schaffung von mehr Vertrauen.

Das NATO-Programm Partnerschaft für den Frieden und der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat gewährleisten auf breiter Basis Zusammenarbeit und Konsultation mit Staaten außerhalb des Bündnisses. Darüber hinaus leistet die Bundeswehr enorme bilaterale Beiträge. Nur zwei Beispiele: Die Bundeswehr hat 2002 formelle Jahresprogramme zur militärischen und militärpolitischen Zusammenarbeit mit 22 MOE/SOE/GUS-Staaten durchgeführt. Diese beinhalteten mehr als 500 Einzelmaßnahmen. Darüber hinaus wurden 2002 im Rahmen von Vereinbarungen zur militärischen Ausbildungshilfe mit 79 Staaten annähernd 1400 Projekte realisiert. Hinzu kommen vielfältige Maßnahmen im Rahmen der Ausbildungsunterstützung, der militärischen Beratung, der Rüstungskooperation, der humanitären Hilfe und der Ausstattungshilfe an befreundete Staaten in der Dritten Welt. Dies sind auf Ebene der Streitkräfte vielfältige Schritte zur Vertrauensbildung und zur Zusammenarbeit, deren politischer Wert weit über die rein militärische Dimension hinausgeht.

Wenn dies der internationale Kontext ist, in dem sich die Bundeswehr bewegt, wie muss diese dann ausgestaltet sein? Was müssen unsere Streitkräfte können, damit sie die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands sichern und einen Beitrag zur Friedenssicherung im europäischen und globalen Rahmen leisten können?

Wir haben mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien, die ich am 21. Mai diesen Jahres erlassen habe, die Konsequenzen aus den veränderten sicherheitspolitischen Gegebenheiten gezogen. Der Auftrag wurde neu formuliert,

die Aufgaben der Bundeswehr neu gewichtet. Deutlich wird, dass eine aktive Rolle in der Friedenssicherung für Deutschland nur möglich ist, wenn es „in angemessenem Umfang Streitkräfte bereit stellt, die schnell und wirksam zusammen mit den Streitkräften anderer Nationen eingesetzt werden können“. Mehr denn je ist eine auf Vorbeugung und Eindämmung von Krisen und Konflikten abzielende Sicherheits- und Verteidigungspolitik erforderlich.

Damit wird die Fähigkeit der Bundeswehr zum multinationalen Einsatz im europäischen und transatlantischen Rahmen immer wichtiger. Krisen- und Konfliktbewältigung, einschließlich des Kampfs gegen internationalen Terrorismus, prägen maßgeblich Fähigkeiten, Führungssystem, Verfügbarkeit und Ausrüstung der Bundeswehr. Dieser Aufgabenschwerpunkt ist *strukturbestimmend* für die Bundeswehr geworden. *Darauf* wird das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr der Zukunft ausgerichtet.

Demgegenüber gilt: Die herkömmliche Landesverteidigung entspricht nicht mehr den aktuellen sicherheitspolitischen Erfordernissen. Gleichwohl hat der Schutz Deutschlands, seiner Bevölkerung und lebenswichtiger Infrastruktur gegen terroristische und andere asymmetrische Bedrohungen an Bedeutung gewonnen.

Während Verteidigung gegen einen Angriff auf das Bündnis als Ganzes unwahrscheinlich geworden ist, bleibt die Unterstützung von Bündnispartnern, wie der Kampf gegen den Terror gezeigt hat, ebenfalls eine weiterhin wichtige Aufgabe. Genau so wie Partnerschaft und Kooperation als militärische Daueraufgaben bleiben.

Deutsche Friedenspolitik muss sich in einem dynamischen sicherheitspolitischen Umfeld bewähren. Der sicherheitspolitische Umbruch der vergangenen Jahre zwingt uns, Annahmen und Ziele unserer Politik immer wieder neu zu überprüfen. Auch die Rolle von Streitkräften. Vieles stellt sich als tragfähig auch unter veränderten Bedingungen heraus, anderes bedarf der Fortentwicklung. Ich möchte daher zum Abschluss einige Thesen formulieren für die deutsche Friedenspolitik und für den weiteren Weg der Bundeswehr:

Erstens: Deutschland wird auch in den kommenden Jahren einen wichtigen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung im multinationalen Verbund mit unseren Verbündeten und Partnern leisten. Wir wollen mit unserem En-

gagement eine global orientierte Friedenspolitik stärken. Nicht nur mit Streitkräften. Aber auch mit Streitkräften.

Zweitens: Deutschland wird politisch und militärisch dazu beitragen, dass die NATO als die zentrale euro-atlantische Sicherheitsorganisation ihren Anpassungsprozess an neue Anforderungen erfolgreich fortführt. Deshalb halte ich es für überaus wichtig, das Bündnis künftig wieder stärker als Gremium der strategischen Diskussion und der gemeinsamen transatlantischen Beschlussfassung zu nutzen.

Drittens: Deutschland wird die weitere Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit allem Nachdruck vorantreiben. Es geht hier nicht um ein Entweder-Oder. NATO und EU sind gleichermaßen wichtig, um in einer komplexer gewordenen Welt Sicherheit und Frieden gewährleisten zu können.

Viertens: Wir werden die begonnene umfassende Transformation der Bundeswehr im Übrigen unter Beibehaltung der Wehrpflicht – konsequent fortsetzen. Weniger denn je kann Deutschland darauf verzichten, seine außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten und seine Verantwortung für den Frieden in der Welt auch durch das Instrument leistungsfähiger Streitkräfte wahrzunehmen.

Grußwort

Es ist kaum zwei Jahre her, als die Idee für die Durchführung dieses Programms geboren wurde. Der Beharrlichkeit des verstorbenen Direktors des IFSH, Prof. Dieter Lutz, und des Einsatzes vieler, für die das Programm ein Herzensanliegen war – oder für die es über die Zeit eines wurde – ist zu verdanken, dass ich heute hier stehen und Sie zu unserem Festakt begrüßen darf.

Lassen Sie mich stellvertretend für alle anderen vor allem der Deutschen Stiftung Friedensforschung und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst für ihre großzügige Förderung des Programms danken, ferner Herrn Burkhard Warningk von der Universität Hamburg für seine geduldige Unterstützung bei der Überwindung all der kleinen und großen Hindernisse, die zur Einführung eines völlig neuartigen Studiengangs gehören, und schließlich den vielen Kooperationspartnern in der Universität Hamburg sowie unseren zwölf bundesweiten Partnereinrichtungen der friedens- und sicherheitspolitischen Lehre und Forschung.

Lassen Sie mich auch ein Wort an meine Kolleginnen und Kollegen des IFSH richten, denn für viele von Ihnen war Lehre und intensive Betreuung eine bislang ungekannte Verantwortung, die sie zusätzlich zu ihrer Forschungsarbeit mit großem persönlichen Einsatz übernommen haben. Das IFSH hat im ersten Jahr etwa 50 Prozent der Lehre und Betreuung abgesichert.

Lehre und Betreuung sind keine Einbahnstraßen. Für alle Beteiligten gilt: Forschung gewinnt durch Lehre und umgekehrt. Das Ergebnis, das wir heute bilanzieren dürfen, spricht für die Qualität beider.

Ohne Sie alle, und natürlich ohne das Engagement unserer Studierenden, die den hohen Ansprüchen und Belastungen des Studiums überdurchschnittlich gerecht wurden, hätten wir die heutige Ziellinie wohl kaum erreicht.

Wie die Entwicklungen im Irak, in Afghanistan, in Nordkorea, im Iran, in Liberia – die Liste ließe sich fortsetzen – zeigen, ist profunde und anwendungsfähige sicherheitspolitische und friedenswissenschaftliche Expertise mehr denn je vonnöten. Die Ansprüche an friedenswissenschaftliche und

friedenspolitische Arbeit sind enorm gewachsen, durch neue Herausforderungen, für die Ressourcenverknappung, schwache Staaten, religiös oder ethnopolitisch inspirierte Konflikte, Terrorismus, organisierte Kriminalität einerseits, andererseits Demokratisierung, interkultureller Dialog, Sicherheitssektorreform, gerechtere Wirtschaftsordnung, global governance und Reform des Institutionen- und Rechtssystem lediglich Schlüsselbegriffe bilden.

Unser Studium M.P.S. hat sich dieser Aufgabe gestellt und Maßstäbe gesetzt:

- durch sein trans- und interdisziplinäres Studienprogramm, das der Komplexität der Friedens- und Sicherheitspolitik im Zeitalter der Globalisierung entspricht. Es gibt meines Wissens bisher weltweit kein einziges vergleichbares Programm, das den Brückenschlag nicht nur zwischen den affinen Fächern Sozialwissenschaften, Jura und Geschichte beinhaltet, sondern auch die Naturwissenschaften – Physik, Biologie, Informatik und Mathematik – sowie die Medizin eingebunden hat;
- durch seine Kombination von Wissensaneignung, berufsfeldgerichteter Forschung und praktischer Tätigkeit, letzteres mitgestaltet durch bislang zwölf fach- und themenspezialisierte Partner, die den Studierenden eine Plattform für intensiv betreutes, projektbezogenes Studieren bieten und deren Vorbereitung auf spätere Tätigkeiten in einem institutionell und thematisch breiten Spektrum erleichtern; zwei weitere Partner haben jüngst um Aufnahme in den Kooperationsverbund gebeten, ein, wie ich finde, nach nur einem Jahr an Erfahrungen bemerkenswertes Signal;
- durch den unmittelbaren praktischen Beitrag zur Förderung von Stabilität und Frieden in Südosteuropa, den unsere Studierenden, gefördert durch den DAAD, durch aktive Mitentwicklung und künftige Mitgestaltung eines akademischen Netzwerks junger Eliten in der Region leisten;
- durch Masterarbeiten, die durch engen Bezug zu Projekten an den Residenzinstututen des Kooperationsverbundes Friedensforschung und Sicherheitspolitik praxiswirksam sind und dadurch auch die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Friedensforschung stärken; und schließlich

- durch die strikte Orientierung an den Grundideen des Bologna-Prozesses mit dem Ziel eines konsekutiven, modularen und zugleich effizienten, berufsfeldgerichteten Studiums.

Die Ziellinie des ersten Akademischen Jahres erreicht zu haben, bietet Anlass zur Freude, vor allem für die heute zu ehrenden Master, denen ich im Namen des Gemeinsamen Ausschusses gratuliere und alles Gute für den weiteren Lebensweg wünsche. Dass Sie die Initiative zur Gründung eines M.P.S. Alumni-Forums ergriffen haben, freut uns sehr, belegt es doch, dass Sie das vergangene Jahr nicht nur als Gewinn für sich selbst ansehen, sondern auch die Zukunft des Programms unterstützen wollen.

Zum Innehalten, anlässlich des heutigen Tages, besteht keine Zeit. Am Montag hat das neue Programm bereits begonnen, und ich begrüße Sie, die neuen Studierenden auf das Herzlichste. Den 26 Studierenden aus 13 Nationen wünschen wir Ausdauer und Kraft, vor allem aber die gleiche Lust am Studium und Forschen, die wir – Ihre Lehrenden – haben, mit Ihnen zu arbeiten.

Das IFSH sieht – als eine Stiftung der Freien und Hansestadt – seine Rolle bei der Konzipierung und Durchführung des Studienganges als wichtigen Beitrag zur weiteren Stärkung Hamburgs als Studien- und Wissenschaftsstandort an. Mehr als 150 Bewerbungen allein für das zweite Akademische Jahr sind dabei ein Ausweis für die Attraktivität unseres Programms. Sie sind zugleich Verpflichtung, das Begonnene fortzuführen und noch besser zu machen.

Streitbare, kritische, unbequeme, konstruktive Friedensforschung ist in unfriedlicher Zeit dringlicher erforderlich denn je zuvor. Dabei bleibt die politische Norm eines zivilen, gewaltfreien Umgangs mit Konflikten wichtigste Richtschnur unserer akademischen Lehre und Ausbildung.

Wenn unsere Master of Peace and Security Studies künftig ihren Beitrag zur Förderung von Frieden und Sicherheit leisten, werden sie zugleich immer auch Botschafterinnen und Botschafter für Hamburg als weltoffene Metropole des Friedens sein. Diesen Ruf zu festigen wird unserer Mühen sein.

Grußwort

Als Vizepräsident der Universität Hamburg begrüße ich Sie alle sehr herzlich zum feierlichen Abschluss des ersten Jahrgangs des Postgraduiertenstudienganges „Master of Peace and Security Studies“ und gleichzeitig zur Immatrikulation der Studierenden des zweiten Jahrgangs.

Es ist uns eine besondere Ehre und Freude, dass zu diesem Anlass der Bundesverteidigungsminister Peter Struck hierher an die Universität Hamburg gekommen ist, und ich möchte Sie, Herr Minister, noch einmal herzlich willkommen heißen und Ihnen danken. Sie kehren heute an Ihre alte Wirkungsstätte zurück, an der Sie 1971/72 als Persönlicher Referent des Präsidenten Dr. Peter Fischer-Appelt tätig waren. Die Universität hat sich seitdem grundlegend gewandelt – innerlich wie äußerlich, wie es in diesen von Helmut und Hannelore Greve gestifteten Flügelbauten symbolisch zum Ausdruck kommt. Ihre Anwesenheit heute, sehr geehrter Herr Minister, ist ein Kompliment für den Studiengang und seine Absolventen und ein Ausdruck der Wertschätzung für das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik und für die Universität Hamburg. Hierüber freue ich mich sehr.

Dass sich der Studiengang innerhalb kürzester Zeit einen hervorragenden Ruf erworben hat, zeigt auch die enorme Zunahme der Bewerbungen – 156 in diesem Jahr, auf 26 Studienplätze. Es hat sich schnell herumgesprochen, dass Hamburg hier etwas zu bieten hat, und nicht nur in Deutschland, denn die Studierenden des neuen Jahrgangs kommen aus 13 verschiedenen Ländern, und die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind inzwischen in der Minderzahl.

Als Kooperation zwischen der Universität und dem IFSH 2001 begründet, ist der Studiengang eine Bereicherung für beide Partner. Der stärkere Praxisbezug ist eine wichtige Ergänzung für die Universität, und für das Institut ist das Heraustreten aus Forschung und Beratungstätigkeit in den Lehrbetrieb – wie auch schon bei der Beteiligung an dem Studiengang Osteuropastudien – eine sehr wünschenswerte Erweiterung, die sicherlich positiv auf die Forschung zurückwirken wird. Die Beteiligung von Lehrenden nicht nur der Universität quer durch die verschiedensten Fachbereiche (*Informatik, Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaft, Geschichte, Medizin, Physik*), sondern von einschlägigen Institutionen bundesweit, zeigt, dass hier wirk-

lich trans- und interdisziplinär gearbeitet und ausgebildet wird. Eine solche Konzentration von Kompetenz macht den Master of Peace and Security Studies zu einem beispielhaften und einzigartigen Studiengang, der deutlich zur Profilierung des Instituts beiträgt.

Um so befremdlicher ist es, dass die Behörde für Wissenschaft und Forschung erhebliche Einsparungen für das schon nicht gerade üppig ausgestattete Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik – und ebenso für das Institut für die Geschichte der deutschen Juden und die Forschungsstelle für Zeitgeschichte – angekündigt hat. Eine solche Entscheidung würde – wenn sie denn realisiert würde – nicht nur eine Verarmung der Hamburger Wissenschaftslandschaft bedeuten, sondern auch ein verheerendes politisches Signal setzen, in einer Zeit, in der weltweit rund 47 Kriege und bewaffnete Konflikte geführt werden und der Bedarf an kompetenten Fachleuten für Friedenssicherung und Konfliktlösung in Forschung und Praxis enorm ist. Der Akademische Senat der Universität Hamburg hat deshalb in seiner letzten Sitzung am 25. September einen Beschluss verabschiedet, der ausdrücklich die Bemühungen unterstützt, die den integralen Erhalt und möglichen Ausbau der betroffenen Institute bewirken sollen. Ich hoffe sehr, Herr Staatsrat, dass es uns gemeinsam gelingen wird, Lösungen zu finden, die den Bestand der genannten Institute nicht gefährden.

Meine Damen und Herren Absolventen, Sie haben ein intensives Jahr hinter sich. Ich wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft, und ich bin sicher, dass der Studiengang Sie bestens präpariert hat für Ihre künftige Tätigkeit. Und Ihnen, den neu Immatrikulierten, wünsche ich viel Erfolg und Freude in Ihrem Studium. Ich hoffe, dass Sie Ihre Zeit an der Universität Hamburg und am IFSH in guter Erinnerung behalten werden – und für den letzten Jahrgang scheint das so zu sein, denn ich habe gehört, dass Sie bereits einen Absolventenverein gegründet haben, was mich natürlich sehr freut. Und nun bleibt mir nur noch, uns allen noch eine schöne Abschlussfeier zu wünschen.

Grußwort

Wir haben heute zweifachen Anlass zum Feiern: Die Absolventen des ersten Jahrgangs des Studiengangs „Master of Peace and Security Studies“ werden verabschiedet und zugleich die neuen Studierenden für den zweiten Jahrgang immatrikuliert. Ich möchte daher die Hauptpersonen des heutigen Tages willkommen heißen: die Absolventinnen und Absolventen des ersten sowie die Studienanfänger des zweiten Jahrgangs.

Ich freue mich, im Namen des Hamburger Senats den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, zu begrüßen. Es ist ja nicht selbstverständlich, Sie hier zu sehen, eben noch in Afghanistan oder anderen Krisengebieten, und dann in den Gängen Berlins, wegen der anstehenden Konzepte zum Sparen. Ihre Anwesenheit trotz der diversen Pflichten zeigt Ihre Wertschätzung, die Sie diesem Institut und besonders dem – verstorbenen – Prof. Lutz entgegenbringen. Also herzlich willkommen in Hamburg, Herr Minister.

Ein Abschied für die Einen, ein Anfang für die Anderen: Grund, diesen jungen Studiengang aus wissenschaftspolitischer Perspektive zu betrachten.

Die Charakteristika dieses Studiengangs sind vorbildlich: Interdisziplinarität, Praxisorientierung und Internationalität:

- sechs Fachbereiche der Universität sind beteiligt.
- zwölf weitere Einrichtungen aus universitärem und außeruniversitärem Umfeld kooperieren, allein fünf aus Hamburg.
- 156 Bewerbungen aus 30 Ländern bei Zulassung von 26 Studierenden belegen den internationalen Ruf, den dieser Master erworben hat. Hamburg besitzt damit etwas über die Grenzen Deutschlands hinaus Einzigartiges.

Für die Qualität der Studienleistungen und Master-Arbeiten des Studiengangs sprechen nicht nur der Notenschnitt von 1,8, sondern auch die Aussicht vieler Absolventinnen und Absolventen auf eine anschließende Beschäftigung bzw. Graduierung/Promotion.

Und: Für die Durchführung des Studienganges sind durch das IFSH mehr als 1,5 Mio. € Fördermittel der Deutschen Stiftung Friedensforschung und

des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) eingeworben worden.

Die DAAD-Mittel werden dabei auch für das „Akademische Netzwerk Südosteuropa“ eingesetzt, das in der Balkanregion in Zusammenarbeit mit den lokalen akademischen Einrichtungen einen Beitrag zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte und zur Aussöhnung erbringen soll. Die Studierenden aus Südosteuropa liefern hierzu mit ihren Forschungsarbeiten wesentliche Beiträge. Sie bilden den Kern des wachsenden Netzwerkes.

Das von Hamburg getragene renommierte IFSH erforscht seit mehr als drei Jahrzehnten Strategien zur Vermeidung und gewaltfreien Lösung von Konflikten und berät die Politik bei ihren Handlungsoptionen. Mehrere Institute und Arbeitsbereiche der Universität arbeiten ebenfalls in diesem thematischen Feld. Und seit einiger Zeit tun sie dies auch zunehmend gemeinsam, zentrales Projekt ist dieser postgraduale Master, er verklammert universitäre Lehre mit praxisorientierten Arbeiten des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik.

So schön das ist, so möchte ich aber zur *Zukunft* des Institutes IFSH etwas sagen. Durch den tragischen und frühen Tod von Prof. Lutz einerseits, und durch die kritische Bewertung durch den Wissenschaftsrat andererseits, ist das IFSH in schwierige Winde geraten. Hatte Dieter Lutz doch, dieser eindrucksvolle Mann, für das IFSH vor kurzem die Graf Baudissin Medaille erhalten, weil das IFSH die Konzepte der Inneren Führung auch osteuropäischen Offizieren durch das Fellowship-Programm zugänglich gemacht hat. Der Schock des Todes von Lutz also plus Kritik des Wissenschaftsrates, mit dessen Mahnung, den Blick nach draußen zu öffnen, zur Universität – und zwar thematisch, organisatorisch und räumlich.

Die Hamburger Koalition hat im Rahmen der notwendigen Sparbeschlüsse u.a. auch das IFSH angehalten, nachzudenken, wie es in den Zeiten der großen finanziellen Not, in Hamburg wie anderen Bundesländern und im Bund, einen eigenen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten kann. Der Etat des IFSH war in den vergangenen Jahren von Einsparungen freigehalten worden, während etwa die Universität 15 Prozent ihrer Budgets eingebüßt hatte, ohne dass Strukturänderungen erfolgten. Der neue Senat hat nunmehr den Etat der Hochschulen stabilisiert; da haben wir einen Bestandschutz eingezogen, der einfach notwendig war.

Nun verlangt es die Lage, auch bei den nichtuniversitären Instituten zu knapperen Ausgaben zu kommen; dazu ist die Zusammenarbeit mit der Universität selbst zu verstärken, und zwar gerade auch örtlich. Dies entspricht hinsichtlich des IFSH dem Votum des Wissenschaftsrates.

Dieser Auftrag der Politik liegt also vor. Es gibt zwar kein konkretes Sparziel. Aber es gibt Erwartungen. Bedroht das die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des Instituts oder gar das Institut selbst? Davon ist *nicht* die Rede. Das Ansehen des Instituts ist viel zu stark, und zum anderen hat das IFSH diese Herausforderung der Politik ja aufgenommen. Die Jahre der Distanz zwischen Institut und Universität sind nun Vergangenheit. Und gerade dieses Ereignis heute zeigt, dass es gut ist, mit der Universität zusammenzuwirken auf diesem wichtigen Gebiet.

Neben dem gemeinsamen Masterstudiengang, der uns heute zusammenführt, gibt es eine hoffentlich ebenso erfolgreiche Kooperation zwischen beiden Einrichtungen: beim Wettbewerb um die von der Deutschen Stiftung Friedensforschung ausgeschriebene Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“. Ein Erfolg dieser Bewerbung wäre eine weitere Stärkung des Wissenschaftsstandortes Hamburg. Nächste Woche kommen die Gutachter.

Ich bin davon überzeugt, dass mit der verstärkten Kooperation des IFSH mit der Forschungskompetenz der Universität eine exzellente wissenschaftliche Fundierung für beide Einrichtungen erreicht wird. Diese erfolgreiche Entwicklung muss jetzt konsequent weiter verfolgt werden.

Krieg und Frieden ist primär eine Sache der Politik. Doch Konflikte und Prävention, Friedenssicherung und Friedensschaffung, Rüstungskontrolle und -überwachung sind Gegenstand der Wissenschaft geworden. In Hamburg bestehen sehr gute Voraussetzungen. In Sozialwissenschaften, Naturwissenschaften und Medizin an der Universität beschäftigen sich interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppen mit diesen Themen, und ich will auch hinweisen auf den Stiftungslehrstuhl der Werner-Otto-Stiftung „Global Change and Sustainability“, betreffend Ressourcenkonflikte, wie um das Wasser; denn auch Umweltfragen können heutzutage kriegsauslösend werden.

Wir erkennen in den Konflikten dieser Jahre (Palästina, Irak, Balkan), dass man beim Nachdenken darüber auch einbeziehen muss, zu den politischen

und naturwissenschaftlichen Fragestellungen, die Psychologie. Obwohl die auch Teil der Politik ist.

Jedenfalls sind es offensichtlich weniger Kausalrelationen, die Kriege auslösen, sondern auch psychologisch zu deutende Befindlichkeiten der Völker. Wir reden häufig, bei Kuwait, Irak oder Tschetschenien, es ginge nur ums Geld, ums Öl etwa. Aber so kausal ist das wohl nicht. Keiner der Kriege hat ein ökonomisches Plus ergeben. Die USA lernen das gerade.

Ein zentrales Thema sind neben den Kriegsursachen die Kriegsfolgen. Das sind nicht nur die Kosten des Kampfes, des Wiederaufbaus – es ist auch die Weitergabe des Hasses und der Traumen über die Generationen. Im Universitätskrankenhaus bei Prof. Riedesser kann man Kinder erleben, die Opfer von Krieg und Gewalt wurden. Dort versucht man – mit Hilfe der Stiftungen der Königin von Schweden und von Steffanie Graf in der Kinderpsychiatrie diesen Opfern zu helfen.

Ein zentrales Problem. Die Kriegsfolgen ihrerseits werden kriegsauslösend – wenn man nicht handelt. Meint denn jemand, die jungen Leute auf israelischer oder arabischer Seite würden durch einen Friedensschluss welcher Art auch immer die bisherigen Gräueltaten eben so weglegen? Das Schlimme überwindet in den Seelen. Psychologie! Was kann man da tun? In Südafrika haben sie eine Wahrheitskommission eingesetzt, um die Dinge aufzuarbeiten. Ein Ansatz immerhin!

Die Folgen der Kriege dauern also länger als Krieg und Nachkriegszeit. Die Traumata der Kinder erwähnte ich. Die Zerstörung von Moral und Würde. Und dass es weitergereicht wird. Ich selber fühlte mich immer in der Pflicht, obwohl '45 geboren, mitzutun am besseren Verhältnis mit den Völkern, die Deutschland mit Krieg überzogen hatte. In Frankreich, in Russland etwa. Und als stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Russischen Gesellschaft, im Rahmen der Partnerschaft Hamburg – St. Petersburg engagiere ich mich da gern. Jeder soll es auf seine Weise tun.

Den Absolventinnen und Absolventen wünsche ich nun viel Erfolg für ihren weiteren Berufsweg, den neuen Studierenden wünsche ich viel Neugier und ein spannendes und erkenntnisreiches Studienjahr. Ich wünsche Ihnen den Mut, die Geduld und schließlich auch den Erfolg, die für Ihr wissenschaftliches und politisches Engagement für die Erhaltung des Friedens in dieser Welt erforderlich sind – in unser aller Interesse.

Grußwort

In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung beglückwünsche ich Sie zur Verleihung des Grades eines „Master of Peace and Security Studies“ nach Ihrem erfolgreich absolvierten Studienjahr und wünsche Ihnen für Ihre weitere berufliche Zukunft alles Gute. Den institutionellen Trägern dieses in Deutschland bisher einmaligen Postgraduiertenstudiengangs und seinen Dozentinnen und Dozenten zolle ich uneingeschränkte Anerkennung für diese Studiengangsinnovation und für ihr besonderes Engagement, das für das Gelingen dieses Projekts unentbehrlich ist. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung sieht sich mit der heutigen Überreichung der Master-Diplome an den ersten Absolventenjahrgang dieses Studiengangs darin bestätigt, mit der auf fünf Jahre angelegten, ein Gesamtvolumen von 1,2 Millionen Euro umfassenden Förderung eine richtungs- und zukunftsweisende Entscheidung getroffen zu haben. Der Stiftungsvorstand ist voller Zuversicht, dass sich seine Erwartung, diese Studiengangsinnovation werde einen „Leuchtturm“-Charakter entwickeln, erfüllen wird.

Diese „Leuchtturm“-Funktion soll nicht auf Deutschland begrenzt sein, sondern auch über seine Grenzen hinaus ausstrahlen, d.h. der Studiengang soll auch und gerade für Studierende aus dem Ausland attraktiv sein. Daher begrüßt es die Deutsche Stiftung Friedensforschung nachdrücklich, dass es den Verantwortlichen für den Studiengang „Master of Peace and Security Studies“ gelungen ist, den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) als weiteren Förderer des Studiengangs zu gewinnen. Mit bis zu zehn Stipendien pro Jahr ermöglicht es der DAAD, zu einer beeindruckenden Herkunftsvielfalt der Studierenden, vor allem aus Südosteuropa und Nachfolgerepubliken der früheren Sowjetunion, beizutragen.

Die Verabschiedung des ersten Absolventenjahrgangs und die Begrüßung der Neuimmatrikulierten des Studiengangs „Master of Peace and Security Studies“ könnte den Anfang einer nicht zu unterschätzenden Wende für die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland markieren: Die Friedens- und Konfliktforschung schafft ein wissenschaftlich qualifiziertes, berufsfeldorientiertes Ausbildungsangebot, nachdem sie sich bisher teils ganz auf Forschung in vielerlei Schattierungen und vor allem außeruniversitär konzentriert, teils in der Hochschullehre allenfalls Zulieferangebote für Stu-

diengänge etablierter Disziplinen bereit gestellt hatte. Das dürfte sich jetzt ändern, denn ein Anfang scheint gemacht zu sein, eine eigene doppelte Nachwuchsförderung zu betreiben. In den Gründungsdokumenten des Postgraduiertenstudiengangs „Master of Peace and Security Studies“ wird als dessen „Ziel“ und „Anliegen“ umschrieben, „die Studierenden auf Tätigkeiten in der friedenswissenschaftlichen Forschung und Lehre bzw. berufsfeldorientiert auf eine Tätigkeit in Wissenschaft, Lehre, Kommunikation und Fortbildung oder bei nationalen und internationalen Organisationen, Verwaltungen, Verbänden und Unternehmen vorzubereiten“.

Darüber hinaus macht die Hamburger Studiengangsinnovation mit einer weiteren, bei weitem nicht leicht einlösbaren Zielsetzung Ernst: Sie hat Pioniercharakter mit ihrem Bemühen, ein fächerübergreifendes – trans- oder gar interdisziplinäres – Lehr- und Studienprogramm anzubieten. Dieses reicht von naturwissenschaftlichen Themenstellungen über die zentralen sozial- und politikwissenschaftlichen Analyseansätze bis hin zu völkerrechtlichen und philosophisch-ethischen Fragen, sucht also den sehr unterschiedlichen Facetten der Probleme der Friedensgefährdung und Friedenssicherung aus verschiedenartigen Blickwinkeln gerecht zu werden.

Der Einstieg der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland in die Entwicklung eines auf wissenschaftliche Hochschulen gestützten Lehr-, Studien- und Qualifizierungsangebots ist ein großer Schritt nach vorne. Im internationalen Vergleich war und ist Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Lehre an deutschen Universitäten nur schwach verankert. Dies zusammen mit dem Zusammenbruch der öffentlichen Förderung in den 1980er Jahren schlug und schlägt sich noch in einem anhaltenden Mangel sowohl an hoch qualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs als auch an wissenschaftlich qualifiziertem Friedensfachkräftenachwuchs nieder. Während der Mangel an hoch qualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs eine ärgerliche binnenwissenschaftliche Entwicklungsschranke darstellt, vertieft der Mangel an wissenschaftlich qualifiziertem Friedensfachkräftenachwuchs die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der friedenspolitischen Rolle Deutschlands in der Welt: Wer nur wenige auf breiter, solider wissenschaftlicher Grundlage einschlägig ausgebildete Friedensfachkräfte zur Verfügung hat, dem fehlt eine der wichtigsten Ressourcen für eine Innovationen nicht scheuende friedenspolitische Praxis. Diese Lücke kann und soll die deutsche Friedens- und Konfliktforschung schließen helfen, freilich nur unter der Voraussetzung, dass die von ihr entwickelten und u.a. von der Deutschen Stiftung Friedensforschung mit erheblichem Mittlereinsatz geförderten Innovationen in Lehre, Studium und Ausbildung über

kurz oder lang in den Grund- und Kernbestand des Studien- und Ausbildungsangebots einzelner Universitäten Eingang finden. Den wissenschaftspolitisch Verantwortlichen in Deutschland müsste es angesichts der veränderten Rolle Deutschlands in der Weltpolitik und der von seinen politischen Führungsgruppen in Anspruch genommenen friedenspolitischen Verantwortung ein verpflichtendes Anliegen sein, dem Mangel an friedenswissenschaftlicher Infrastruktur sowohl in Lehre und Studium als auch in der Forschung mit verstärkten Anstrengungen zu begegnen.

Die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung stellt gewiss einen großen Schritt zur stärkeren und von den Wechselfällen des politischen Lebens unabhängigen Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland dar. Die Stiftung ist mit großem Nachdruck darum bemüht, ihren beiden Hauptaufträgen: Forschungsförderung und Nachwuchsförderung zu genügen. Aber die Stiftung wäre – auch angesichts ihrer vergleichsweise geringen Kapitalisierung von derzeit 25 Millionen Euro – schlicht überfordert, wollte oder sollte sie mehr sein als ein „Drittmittelgeber“, der für viel versprechende wissenschaftliche Forschungs- oder Ausbildungsvorhaben das dafür erforderliche „Startkapital“ zur Verfügung stellt. Auf keinen Fall kann die Stiftung die in einigen Fällen drohenden massiven Kürzungen der staatlichen oder kirchlichen Grundfinanzierung von bestehenden Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung kompensieren. Die Stiftung appelliert daher mit Entschiedenheit an die wissenschaftspolitisch Verantwortlichen in den Sitzländern von hoch angesehenen Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung, von kurzfristigen Einschnitten bei der Grundfinanzierung Abstand zu nehmen. Solche Einschnitte führen ganz schnell in Teufelskreise dergestalt, dass Institute, die bisher erfolgreich bei der projektbezogenen Drittmittelinwerbung waren, die infrastrukturellen Voraussetzungen, mithin ihre Fähigkeit einbüßen, ihre Erfolgsaussichten bei der Drittmittelinwerbung zu verstetigen. Gerade an die Hansestadt Hamburg, die sich mit der Gründung und Unterhaltung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg europaweit einen vorzüglichen Namen als Stätte friedenspolitischen Vordenkertums erworben hat, und deren Bürgerschaft rationales Kalkül im Sinne von aufgeklärtem Eigeninteresse nicht fremd ist, richte ich die dringliche, herzliche Bitte, die Zukunftschancen einer ihrer leistungsfähigsten wissenschaftlichen Einrichtungen nicht auf unwiederbringliche Weise abzuschreiben.

Danksagung

Christiane Fröhlich: Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrter Herr Staatsrat, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Fischer, sehr geehrter Herr Professor Dr. Gießmann, verehrte Mitglieder des Kooperationsverbunds Friedensforschung, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Rittberger, sehr geehrter Herr Dr. Blumbach, liebe Studierende des kommenden Jahrgangs, liebe Kommilitonen und Freunde, sehr verehrte Damen und Herren,

den Sektempfang im Hinterkopf werden wir versuchen, uns kurz zu fassen. Zunächst möchten wir den Rednern für Ihre spannenden Ausführungen und Ihre guten Wünsche und Ratschläge stellvertretend für den „alten“ Jahrgang herzlich danken.

Florian Kühn: Nun halten wir sie also in Händen, die lang angestrebte Urkunde. Wir sind nun *Master of Peace and Security Studies*, was man frei übersetzen könnte als „Friedenswirte“. So sehr wir den schönen Beruf des Wirtes jedoch schätzen: Selbst im Restaurant „Zum Ewigen Frieden“ lässt sich dem Frieden wohl nicht so dienen, wie es Kant vorschwebte und wie es im Grundgesetz vorgesehen ist. Deshalb hoffen wir, dass der Schwerpunkt unseres weiteren Weges mehr auf dem „Frieden“ als auf dem „Wirt“ liegen wird.

CF: Dass wir nun hier stehen dürfen, ist nicht nur schönes Ergebnis unseres eigenen Engagements, sondern geht auf die wohlwollende Hilfe und Unterstützung vieler zurück, denen hier unser herzlicher Dank gilt:

FK: Da ist zunächst die Studienleitung, lieber Herr Gießmann, liebe Frau Schneider. Sie haben mit nimmermüdem Einsatz die Organisation übernommen und uns damit – als Berater, Tröster und immer mit offenem Ohr – geholfen, die Anforderungen zu meistern. Ohne Sie – nicht auszudenken! Außerdem gilt unser Dank natürlich der Universität Hamburg, die den Studiengang eingerichtet hat.

CF: Die Planung und Durchführung des Studiengangs lag bei den Mitgliedern des Kooperationsverbunds Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Die in ihm zusammengeschlossenen Institute haben einen erheblichen organisatorischen Aufwand auf sich genommen, um unser Studium so interdiszi-

plinär wie möglich zu gestalten. Das ist es, was diesen Studiengang so besonders macht.

FK: Finanziell unterstützt wurden einige Studierende vom Deutschen Akademischen Austauschdienst, der die internationale Komponente des Studiengangs besonders gefördert hat. Außerdem sind hier die Rosa-Luxemburg-Stiftung und private Förderer, wie beispielsweise unsere Familien, zu nennen.

CF: Den Hauptteil der Unterstützung sowohl für die Studentenschaft als auch für den Studiengang als solchen leistete jedoch die Bundesstiftung „Deutsche Stiftung Friedensforschung“. Ohne die Zuwendungen dieser Stiftung, die von der jetzigen Bundesregierung gegründet wurde, wäre der Studiengang nicht durchführbar und vielen von uns die Teilnahme wohl auch nicht möglich gewesen.

FK: Schließlich möchten wir an dieser Stelle an das persönliche Engagement des verstorbenen Gründungsvorsitzenden der DSF, Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, erinnern. Wir konnten ihn in seinen Veranstaltungen als beeindruckenden, streitbaren und leidenschaftlichen Diskutanten erleben und einiges von ihm lernen.

CF: Neben diesem organisatorischen und finanziellen Engagement spielten natürlich auch zwischenmenschliche Aspekte eine wichtige Rolle. Durch diese war sichergestellt, dass die durch hohe Arbeitsbelastung und Schlafdefizit manchmal hervorgerufene nervliche Überreizung – ganz im Sinne der Friedenswissenschaft – nicht zu Konflikten führte. Dazu trugen die Dozenten bei, die geduldig auch zum wiederholten Male unsere bohrenden Nachfragen beantworteten; die Mitarbeiter des IFSH, die uns von Anfang an freundlich aufnahmen und unterstützten, sowie die Betreuer an den Residenzinstitutionen, die unseren Aufenthalt dort nicht nur angenehm, sondern auch wissenschaftlich fruchtbar zu machen wussten.

FK: Und, *last but not least*, unsere Kommilitonen, die das letzte Jahr zu einer bemerkenswerten gemeinsamen Erfahrung machten.

Vor dem Hintergrund unserer sehr positiven gemeinsamen Zeit war die Gründung eines Alumninetzwerks nur eine logische Konsequenz. Doch damit nicht genug: außerdem möchte der „Verein der Freunde und Förderer und ehemaligen Teilnehmer des Masterstudiengangs Master of Peace and Security Studies Hamburg e.V.“, kurz Förderverein M.P.S., den wir hier als Vorsitzende vertreten, dem Studiengang als solchem und den kommenden

Jahrgängen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Der Verein soll dabei offene Plattform sein für alle, die sich dem Studiengang freundschaftlich verbunden fühlen.

CF: Da sich der Vorgang der Vereinseintragung leider etwas verzögert hat, konnten wir noch keine persönlichen Einladungen versenden; dies werden wir selbstverständlich nachholen. Außerdem würden wir uns natürlich besonders freuen, Sie, verehrter Herr Bundesminister, als Freund und Förderer in unserem Verein begrüßen zu dürfen. Es wäre schön, wenn wir – über die „Ehemaligen“ hinaus – auch die Vertreter der kooperierenden Institute und andere, an friedenswissenschaftlicher Zusammenarbeit Interessierte als Mitglieder gewinnen könnten.

FK: Nach dieser kleinen Werbung in eigener Sache wollen wir dem Sekt-empfang nicht weiter im Wege stehen. Vielen Dank!

M.P.S. – Das Studienjahr 2002/2003

Am 15. Oktober 2003 erhielten die 22 Absolventinnen und Absolventen des 1. Akademischen Jahres des Postgraduiertenstudienganges „Master of Peace and Security Studies“ der Universität Hamburg im Beisein des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Peter Struck (SPD), und des Staatsrates der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Roland Salchow (CDU), ihre Diplome und Zeugnisse. Mit der feierlichen Verabschiedung der neu gekürten Master ging das wichtige Einführungsjahr des neuen Studienganges erfolgreich zu Ende. Gleichzeitig wurde der Stafettenstab an den nächsten Studierendenjahrgang übergeben: 26 Studierende aus 13 Ländern nahmen im Oktober 2003 ihr M.P.S.-Studium an der Universität Hamburg auf.

Der Studiengang wurde, einer Idee des im Januar 2003 verstorbenen Direktors des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) folgend, im Frühjahr 2002 konzipiert und bereits im September 2002 nach einem gemeinsamen Kraftakt des IFSH und der Universität Hamburg und nicht zuletzt maßgeblich unterstützt durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) aus der Taufe gehoben. Mit den Fördermitteln der DSF konnten neben der Bereitstellung einer technischen Grundausstattung und Personalmitteln in Höhe einer halben BAT-IIa-Stelle für die Assistenz der Studienleitung für den Studiengang insgesamt 15 Studierenden ein Stipendium in Höhe von monatlich 1.000 Euro zuerkannt werden. Für weitere drei Studierende aus Südosteuropa warb das IFSH Stipendienfördermittel des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) ein. Ein Jahr später fällt die Bilanz weitestgehend positiv aus, wie auch die Festbeiträge der dokumentierten Reden des Staatsrats der Wissenschaftsbehörde, des Vizepräsidenten der Universität Hamburg, des Vorsitzenden der Deutschen Stiftung Friedensforschung und nicht zuletzt der Absolventinnen und Absolventen des ersten Akademischen Jahres M.P.S. bezeugen. Mit der Annahme der Einladung durch den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, den Festvortrag zum Thema „Friedenspolitik und Streitkräfte“ zu halten, erfuhr der Abschluss des Einführungsstudienjahres eine herausragende zusätzliche Würdigung (s. S. 7ff.). Dokumentiert werden schließlich die Themen der im ersten Akademischen Jahr angefertigten Masterarbeiten.

Akademisches Neuland

Der von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) für einen Zeitraum von fünf Jahren mit insgesamt 1,25 Millionen Euro und durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) mit zur Zeit jährlich mehr als 50.000 Euro geförderte Studiengang bedeutet in mehrfacher Hinsicht akademisches Neuland:

1. Erstmals wurde damit in der Bundesrepublik Deutschland ein regulärer Postgraduiertenstudiengang, der die gezielte Vermittlung und Erforschung friedenswissenschaftlicher und sicherheitspolitischer Erkenntnisse umfasst, eingerichtet. Die Erfahrungen des Studiengangs kommen ähnlichen Vorhaben zugute, die inzwischen auch an anderen Universitäten der Bundesrepublik zur Einrichtung vorgesehen sind.
2. Mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) steht dem universitären Studiengang eine wissenschaftlich leistungsfähige, zudem international ausgewiesene und anerkannte Einrichtung zur Seite, die in Zusammenarbeit mit sechs Fachbereichen der Universität durch ihre federführende Koordination der Lehre und Forschung für die Qualität der Studienplanung und des Lehrprogramms bürgt.
3. Im Kooperationsverbund „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ (KoFrieS) haben sich mehr als ein Dutzend renommierte wissenschaftliche Partner aus unterschiedlichen Fachdisziplinen und aus allen Teilen der Bundesrepublik zusammengeschlossen, um ihr jeweiliges fachspezifisches Know How an die Studierenden weiterzugeben und durch individuelle Forschungsbetreuung eine effiziente berufsfeldorientierte Qualifikation zu ermöglichen. Sämtliche Partner leisten ihre Beiträge zur Lehre und Betreuung dabei unentgeltlich. Der Nutzen durch die Einbindung der Studierenden in die Arbeit der kooperierenden Partnerinstitute ist keine Einbahnstraße. Die Partner haben die Mitarbeit der motivierten Studierenden und ihre Forschungsbeiträge im Verlauf des Einführungsjahres schätzen gelernt. Dass noch vor Abschluss des Studienjahres zwei weitere Einrichtungen um Aufnahme in den Kooperationsverbund nachsuchten, spricht für den guten Ruf, den sich das Programm binnen kurzer Zeit bundesweit erarbeiten konnte, es spricht aber auch für die zum großen Teil überdurchschnittlichen Leistungen der Studierenden, die diesen Ruf mit begründet haben.

4. Der modular aufgebaute, aus obligatorischen, wahlobligatorischen und fakultativen Komponenten gebildete Postgraduiertenstudiengang ist inter- und transdisziplinär angelegt. Neben den affinen Fächern zugeordneten Modulen: Friedens- und Sicherheitspolitik bzw. Friedensvölkerrecht stehen als weitere Module Ethik und Frieden, Wirtschaftliche Transformation und Frieden sowie – für einen solchen Studiengang mindestens europaweit einzigartig – Naturwissenschaften und Frieden im Studienprogramm. Die Komposition der Module entspricht den zunehmend interdisziplinären Anforderungen an friedenswissenschaftliche und -praktische Tätigkeit. Die Studierenden verfügen gemäß der Ordnung des Studiengangs über einen akademischen Abschluss (mindestens einen sechssemestrigen Bachelor-Grad), zugleich aber über sehr unterschiedliche fachwissenschaftliche Kenntnisse und berufspraktische Erfahrungen in der Bandbreite der angebotenen Module. Diese „doppelte Mischung“ unterschiedlich verfügbaren Wissens der Studierenden und unterschiedlicher Module, ausgefüllt von Lehrangeboten anwendungsorientierter Forschungs- und Lehrinrichtungen, eröffnet – und dies hat sich im ersten Akademischen Jahr bereits deutlich gezeigt – völlig neue Möglichkeiten kreativen Studierens in der Breite und Tiefe des Studienprogramms.
5. Der Studiengang versteht sich als eine Kombination von Wissensaneignung und „learning by doing“. Ziel ist es, hochqualifizierte Absolventinnen und Absolventen eines geistes- oder eines naturwissenschaftlichen Studiums an einer deutschen oder ausländischen Universität oder Hochschule sowie akademisch ausgebildete erfahrene Praktiker auf anspruchsvollem Niveau in friedens- und sicherheitspolitische Fragestellungen und in die Grundlagen ihrer praxisorientierten Bearbeitung einzuführen. Ziel ist es des Weiteren, Methoden und Ergebnisse der Friedensforschung zu vermitteln und dadurch die Studierenden auf Tätigkeiten in der friedenswissenschaftlichen Forschung und Lehre bzw. berufsfeldorientiert (z.B. *peace-keeping, monitoring, verification, development aid, mediation, arbitration, conversion, administration*) auf eine Tätigkeit bei nationalen und internationalen Organisationen, Verwaltungen, Verbänden und Unternehmen vorzubereiten.
6. Durch die Anbindung der Studierenden an die Partnerinstitute und Einrichtungen wird eine für studentische Graduiertenvorhaben beispiellos individuelle Betreuung möglich. Die Studierenden werden, natürlich den Möglichkeiten der Partner entsprechend, in laufende Forschungsvorhaben und in Forschergruppen einbezogen, ihre For-

schungsergebnisse, insbesondere jene aus ihren Master-Arbeiten, fließen in die Projektarbeit ein. Der Nutzen dieses Herangehens für alle Beteiligten liegt auf der Hand. Die Partnerinstitute gewinnen zusätzliche Ressourcen, die Studierenden können, natürlich nur sofern die Qualität stimmt, mit dem Erwerb des Mastertitels auf eine eigene Publikation oder einen Publikationsanteil einer einschlägigen wissenschaftlichen Einrichtung verweisen – eine für künftige berufliche Tätigkeiten durchaus gewollte Eigenwerbung und Werbung für den Studiengang.

7. In das Studienprogramm eingebettet ist das langfristig angelegte, und vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) großzügig geförderte IFSH-Projekt des Ausbaus eines „Akademischen Netzwerkes Südosteuropa“. Ziel dieses Netzwerkes, an dem obligatorisch alle Studierenden aus Südosteuropa sowie fakultativ weitere Studierende teilnehmen, ist es, einen wissenschaftlichen und einen kommunikativen Beitrag zur Verständigung zwischen den Völkern in Südosteuropa zu leisten und junge Nachwuchseliten zu fördern. In Workshops und Forschungsprojekten werden wissenschaftliche Analysen erarbeitet. Erste Arbeitskontakte in die Region wurden institutionalisiert, zunächst mit der Universität Sarajewo, weitere sind geplant. Für das Netzwerk wurde ein Kuratorium gebildet, dem zur Zeit Dr. h.c. Hans Koschnick, Professor Dan Bar-On, Oberst i.G. Gert Papenkort und für den DAAD Dr. Helmut Blumbach angehören. Die Studierenden beteiligen sich darüber hinaus am seit 2002 jährlich stattfindenden internationalen Kongress „Studenten bauen Brücken“, der Studierende aus Südosteuropa und südosteuropäische Studierende in Deutschland zur Diskussion über Geschichte und Zukunft der Region in Hamburg zusammenführt.
8. Keineswegs beiläufig ist der Nutzen des Studienganges für die Bündelung und Vernetzung der friedenswissenschaftlich und sicherheitspolitisch befassten Forschungs- und Lehreinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland. Durch ihre Einbindung in die Lehre werden bestehende Arbeitskontakte vertieft und verstetigt, neue Kontakte hergestellt. Durch Rückkoppelungseffekte entstehen nützliche Synergien, die für die Stärkung der deutschen Friedensforschung erschlossen werden können. Gleiches gilt für die Verknüpfung friedenswissenschaftlicher Potenziale des IFSH mit jenen anderer Institute und Einrichtungen in der Freien und Hansestadt Hamburg, insbesondere jenen der Universität Hamburg und auch der Universität der Bundeswehr.

9. Für einige der Forscherinnen und Forscher der am Studiengang beteiligten Institute ist die akademische Lehre ein neues Betätigungsfeld. Für sie wie für alle Lehrenden gilt der doppelte Nutzen einer engen Verknüpfung von Lehre und Forschung. Zum einen wird der Transfer neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse in die akademische Ausbildung enorm beschleunigt. Zum anderen bietet der akademische Diskurs ein wichtiges Prüffeld für die Tragfähigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse.
10. Ein wichtiges Zukunftspotenzial für das Studienprogramm wie für die beteiligten Institute und Einrichtungen sind schließlich nicht zuletzt natürlich die Absolventinnen und Absolventen selbst. Zum einen ist zu erwarten, dass aus ihrem Kreis ein Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses der Universitäten und der am Studiengang beteiligten Partner rekrutiert werden kann. Zum anderen entstehen neue Vernetzungsmöglichkeiten der Forschungseinrichtungen mit der inländischen und internationalen friedens- und sicherheitspolitischen Praxis, darunter über das von den Studierenden des ersten Akademischen Jahres gestartete Alumni-Programm und den von ihnen gebildeten Förderverein.

Struktur des Studiengangs und Lehrmethoden

Der Studiengang wird innerhalb eines akademischen Jahres (zwei Semester) durchgeführt und beginnt jeweils zum Wintersemester. Die Einführung in das Studium erfolgt im Rahmen eines zweiwöchigen Propädeutikums, das als obligatorischer Blockkurs am Sitz des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) durchgeführt wird.

Im ersten Semester werden grundlegende Lehrveranstaltungen in Form obligatorischer bzw. wahlobligatorischer Vorlesungen, Seminare und Blocklehrveranstaltungen durchgeführt. Hinzu kommen fakultative Lehrangebote. Ferner nehmen die Studierenden an einem thematischen Intensivkurs und Forschungskolloquien teil und belegen ein fachübergreifendes Tutorium. Insgesamt werden im Wintersemester mindestens 28 Kreditpunkte erworben, wobei ein Kreditpunkt aus einer Semesterwochenstunde Lehre plus Selbststudium erreicht werden kann.

Im zweiten Semester stehen, neben spezialisierter Lehre, Praxiselemente des Studiums im Vordergrund, darunter die Beteiligung an Forschungsprojekten sowie an Querschnittsaufgaben einer am Studiengang beteiligten wis-

senschaftlichen Einrichtung (Residenzinstitut), fakultative Interviews bei berufsfeldorientierten nationalen und internationalen Einrichtungen sowie die Anfertigung der Masterarbeit.

Die Masterprüfung setzt sich aus der Propädeutikumsklausur, studienbegleitenden Leistungskontrollen, den Zwischenprüfungen (Midterm-Colloquium), den Abschlussprüfungen (Final-Colloquium) und der Note für die Masterarbeiten zusammen. Das Studium endet mit der Verleihung des akademischen Titels eines „Masters of Peace and Security Studies“ (M.P.S.).

Lehr- und Prüfungssprachen sind wahlweise Deutsch oder Englisch. Sämtliche Wort- und Schriftbeiträge, einschließlich der Prüfleistungen, können durch die Studierenden wahlweise in englischer oder in deutscher Sprache erbracht werden.

Die Kurse legen besonderes Augenmerk auf die Kombination von grundständigen theoretischen Fragestellungen (Wissensaneignung in Vorlesungen und Seminaren) sowie praxisorientierten Ansätzen zur Lösung friedenswissenschaftlicher und sicherheitspolitischer Probleme (Kolloquien, Übungen, Projektarbeit, Empirie). Die am Studiengang beteiligten Kooperationspartner (Residenzinstitute) unterstützen und fördern die Studierenden durch gezielte Beteiligung an den jeweils neuesten Erkenntnissen der Forschung und durch anspruchsvolles Einbeziehen in die Bearbeitung von Projekten. Sie unterbreiten qualitativ hochwertige Lehr- und Praxisangebote (mindestens eines pro Semester), betreuen Studierende während der Praxiselemente und leisten Unterstützung bei der Vorbereitung der Abschlussprüfungen (Masterarbeit und Kolloquium). Sämtliche aktiven Kooperationspartner eines jeweiligen akademischen Jahres stellen ihre Lehr- und Praxisangebote bereits während des Propädeutikums vor. Auf der Grundlage dieser Angebote wird in Abstimmung zwischen der Studienleitung, den Studierenden und den Residenzinstituten die Zuteilung der Studierenden für das Sommersemester bereits frühzeitig wahrgenommen.

Studienablauf und Studienanforderungen, einschließlich Zulassungs- und Abschlussvoraussetzungen sind durch eine Ordnung des Studienganges gesetzlich geregelt.

Studienablauf und Curriculum

Die Einführung in das Studium erfolgt im Rahmen eines mehrtägigen Propädeutikums in obligatorischen Lehrveranstaltungen (Vorlesungen, Prose-

minare) in die Friedenswissenschaft, die Sicherheitspolitik und in verschiedene Ansätze interdisziplinärer Forschung. Ziel der Lehrveranstaltungen während des Propädeutikums ist es, die Studierenden mit grundlegendem Rüstzeug für die intensive Studienphase des ersten Semesters auszustatten.

Im ersten Semester belegen die Studierenden 26 SWS Lehrveranstaltungen. Hierzu zählen mindestens zwei wahlobligatorische Vorlesungen und vier Vertiefungsseminare sowie sechs einmalig durchgeführte Blocklehrveranstaltungen (BLV). Hinzu kommen die wöchentlich durchgeführten Forschungskolloquien und das Tutorium sowie wahlweise zu belegende Veranstaltungen. Das erste Semester wird mit einem einwöchigen Intensivkurs abgeschlossen.

Die thematischen Module des ersten Semesters: Friedens- und Sicherheitspolitik, Friedensvölkerrecht, Naturwissenschaften, Ethik und Frieden sowie Wirtschaft und Frieden beinhalten jeweils mindestens eine Vorlesung und ein Vertiefungsseminar sowie Ergänzungsseminare und Blocklehrveranstaltungen.

Das zweite Semester verbringen die Studierenden mit Ausnahme der Zwischen- und Abschlussprüfungen im Wesentlichen an den Residenzinstituten des Studiengangs. Sie nehmen an mindestens einem zwei Semesterwochenstunden umfassenden Studienelement teil. Aufbauend auf den erworbenen allgemeinen Kenntnissen und der gründlichen Vorbereitung auf die Forschungsphase (Literaturstudium), setzen sich die Studierenden mit forschungsrelevanten Problemen im Rahmen des Tätigkeitsprofils der Residenzinstitute auseinander und werden an der Bearbeitung von Querschnittsaufgaben beteiligt. Letzteres dient dem Kennenlernen von spezifischen Arbeitsweisen und Methoden angewandter friedens- und sicherheitspolitischer Forschung. Die Studierenden können in diesem Studienabschnitt eine maximal zweiwöchige Verfügungszeit für die Durchführung fakultativer Interviews im In- und Ausland in Vorbereitung ihrer Masterarbeit nutzen.

Das Midterm-Colloquium gilt als Zwischenprüfung und zugleich als studienbegleitende Leistungskontrolle für die absolvierten Blocklehrveranstaltungen und den Intensivkurs. Während des Kolloquiums stellen die Studierenden einander die von ihnen vorgesehenen Masterarbeitsprojekte vor. Das Final Colloquium ist die mündliche Abschlussprüfung des Studiums.

Das Curriculum ist in allgemeiner Form durch die Ordnung des Studiengangs festgelegt und geregelt. Das auf der Grundlage dieser Ordnung er-

stellte kommentierte Studienprogramm für das laufende Jahr ist im Internet (<http://www.ifsh.de>) unter der Rubrik *Studium am IFSH* einsehbar.

Qualitätsprüfung

Die Studienleitung hat in Zusammenarbeit mit den beteiligten Fachbereichen der Universität Hamburg und den Kooperationspartnern des „KoFrieS“ einen Evaluationskatalog erarbeitet, der durch die Einschätzung der Lehrinhalte, Lehrmethoden, Lehr- und Lernleistungen sowie der Studienorganisation eine umfassende Bewertung der Qualität des Studiengangs zulässt. Die anonymisierte durchgeführte Evaluation erfolgt zweimal pro Jahr, jeweils zum Ende des Semesters. Die Lehrenden wurden daran ebenso wie die Studierenden im zurückliegenden Jahr beteiligt. Die Ergebnisse wurden den Studierenden und den Lehrenden zur Kenntnis gegeben. Für die Vorbereitung des zweiten Akademischen Jahres konnten viele Anregungen und Empfehlungen bereits umgesetzt werden. Der Evaluationskatalog wird auf der Grundlage von Vorschlägen der Beteiligten weiter ausdifferenziert und fortentwickelt. Ein zusammenfassender Bericht der durchgeführten Evaluationen wird auf der Homepage des Studiengangs der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Gemeinsamer Ausschuss

Zwischen dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik und sechs Fachbereichen der Universität Hamburg wurde eine Kooperationsvereinbarung für die Durchführung des Studiengangs geschlossen. Im Rahmen dieser Vereinbarung verpflichteten sich die beteiligten Partner u.a. zu geeigneten Lehrangeboten entsprechend des Curriculums und zur Übernahme von Betreuungsleistungen. Seitens der Universität Hamburg sind die Fachbereiche Sozialwissenschaften, Physik, Informatik, Medizin, Rechtswissenschaft und Geschichte beteiligt. Die verantwortliche Koordinierung des Studiengangs wurde einem Gemeinsamen Ausschuss übertragen. Die Zusammensetzung dieses Ausschusses im ersten Akademischen Jahr war wie folgt:

Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, (IFSH, Vorsitzender September 2002 – Januar 2003)

Prof. Dr. Dr.sc. Hans J. Gießmann, (IFSH, Vorsitzender seit Januar 2003)

Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer (Universität Hamburg, FB Informatik)

Prof. Dr. Hartwig Spitzer (Universität Hamburg, FB Physik)

Prof. Dr. Cord Jakobeit (Universität Hamburg, FB Sozialwissenschaften)

Prof. Dr. Thomas Bruha (Universität Hamburg, FB Rechtswissenschaft)
Dr. Wolfgang Zellner (IFSH, Leiter CORE)
Dr. Götz Neuneck (IFSH, Leiter IFAR)
Prof. Dr. Gerhard Beestermöller (IThF, Vertreter KoFrieS)
Dipl.-Pol. Samy Beyer (Akademisches Auslandsamt, Vertreter techn. Personal)
Dipl.-Pol. Daniel Kramer (Studierendenvertreter)

Studienleiter im ersten Akademischen Jahr war Prof. Hans J. Gießmann (IFSH). Dr. Patricia Schneider (IFSH) war als Assistentin der Studienleitung tätig, die Verwaltung der Mittel des Studiengangs lag in den Händen von Heidemarie Bruns (IFSH).

Kooperationsverbund Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Der Verbund wurde 2002 durch folgende Einrichtungen und Institute gegründet:

- Universität Hamburg,
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und Zentrum für OSZE-Forschung/Centre for OSCE-Research des IFSH,
- Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg,
- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum,
- Internationales Konversionszentrum Bonn/Bonn International Center for Conversion,
- Berghof-Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin,
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt,
- Institut für Theologie und Frieden, Barsbüttel,
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg,
- Deutsches Übersee-Institut, Hamburg,
- Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg,
- Internationales Institut für Politik und Wirtschaft/Haus Rissen, Hamburg,
- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg.

Masterarbeiten 2002/2003

Zlatan Bajramovic, The Role of the EU in Peace-Building Process in Bosnia and Herzegovina.

Christoph Bleis, Die Implementierung des Konditionalitätsprinzips in der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Eine Untersuchung eines operationellen Mittels der Krisenprävention zur Schaffung strukturellen Friedens.

Tim Dertwinkel, Der Einfluss von Kriegsökonomien, Staatszerfall und Globalisierung auf innerstaatlichen Konflikt.

Birgit Dörr, Armutsbekämpfung in Krisenregionen und Nachkriegsgesellschaften.

Christiane Fröhlich, Water in the Middle East: Key to Peace?

Kirsten Joppe, The effectiveness of ODIHR election observation missions. A Case Study.

Judith Köhler, Die NATO Response Force. Revitalisierung der NATO auf Kosten der ESVP? Eine Analyse vor dem Hintergrund der Entwicklungen amerikanischer Sicherheitspolitik nach dem 11. September.

Daniel Kramer, Privatisierung unter „Kapitel VI 1/2“ der Charta der Vereinten Nationen. Zur Debatte um den Einsatz privater militärischer Sicherheitsunternehmen im Rahmen von Friedensoperationen.

Elena Kropatcheva, Development of Russian foreign policy in relation to the OSCE through the prism of its transformations.

Florian Peter Kühn, Krieg gegen Terrorismus? Das Beispiel Afghanistan.

Wolfgang Lohbeck, Umwelt und bewaffneter Konflikt. Dilemma ohne Ausweg?

Naida Mehmedbegovic, Konfliktbearbeitung durch Dialog - dargestellt am Beispiel des Kongresses „Studenten bauen Brücken“.

Gordana Pervan, Der westliche Balkan: Regionale Kooperation als Notwendigkeit für erfolgreiche europäische Integration.

Tobias Pietz, Demobilization and reintegration of Former Soldiers in Post-war Bosnia and Herzegovina – An Assessment of External Assistance.

Alexandra Prietz, Tschetschenien-Konflikt. Zur Dynamik eines Gewaltmarktes.

Michaela Ratzsch, Die politischen Diskurse über den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und den Irak-Krieg in der Bundesrepublik.

Peter Rehse, CIMIC: Concepts, Definitions and Practice.

Barbara Renne, Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Probleme und Perspektiven der EU-Eingreiftruppe unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zur NATO Response Force.

Günay Rzayeva, The Path to Democracy in Azerbaijan: options and limits.

Ingo Schmaal, Der Global Compact und die klimapolitischen Beiträge der Erdölindustrie.

Pamela Serrano Espinoza, Mexiko und Chile: Stimmen für den Frieden: Die Position lateinamerikanischer Staaten im Sicherheitsrat gegenüber dem Irak-Krieg.

Gerry Woop, Souveränitätsprobleme und Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland im Prozess der Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.